

Telegraphische Depeschen.

*** Cms, 7. Juli.** Sr. Maj. der Kaiser machte gestern eine Spazierfahrt und erschien abends im Theater.
*** Berlin, 6. Juli.** Die Behauptung, daß ein hochgestellter Staatsmann eine verleumdende Aeußerung über Minister Friedenthal gethan, ist pure Erfindung, es liegt nichts vor, was einer solchen Behauptung irgendeine Unterlage oder einen Anhaltspunkt geben könnte.

*** Berlin, 7. Juli.** Sr. Maj. Gladbeck-Corvette Ariadne, acht Geschütze, Commandant Corvettenkapitän v. Werner, ist telegraphischer Nachricht zufolge am 6. Juli in Batavia eingetroffen.

*** Wien, 7. Juli abends.** Bei der engern Wahl in dem städtischen Wahlbezirk Lebnitz wurde Dr. Wagg mit 477 Stimmen gewählt gegen den Ministerpräsidenten Dr. Stremayr, welcher 404 Stimmen erhielt.

*** Budapest, 7. Juli.** Der Minister Frhr. v. Wendheim ist heute Vormittag 11 Uhr gestorben.

*** Wien, 7. Juli.** Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Der Fürst von Bulgarien wurde vom Sultan bei Ueberreichung des Investiturberats in Person empfangen; der Fürst war in Uniform ohne Hut. Derselbe speiste später bei dem russischen Botschafter Fürsten Lobanow.“ — Aus Cattaro: „Der an der Grenze vorgelommene Conflict ist wieder ausgeglichen worden. Die türkischen Truppen haben sich von dem montenegrinischen Gebiete zurückgezogen und die Bewohner aus Jubei und Antivari, welche sich zur Wehr bewaffnet hatten, sind dahin wieder zurückgeführt.“ — Aus Belgrad: „Wegen Abreise des türkischen Delegierten hat die internationale Grenzcommission bei Branja neuerlich ihre Arbeiten suspendirt.“

*** Kufschuk, 6. Juli.** Fürst Alexander von Bulgarien ist heute Mittag in Borna eingetroffen, woselbst das Dejeuner eingenommen wurde. Hier wird der Fürst morgen Nachmittag und in Tirnowa am Dienstag eintreffen.

*** Constantinopel, 7. Juli.** Das Gerücht, daß der vormalige Sultan Murad auf einem Schiffe entflohen sei, ist unbegründet. Verschiedene polizeiliche Vorkehrungen im Hafen scheinen zu dem Gerüchte Anlaß gegeben zu haben.

Vom Deutschen Reichstage.

*** Berlin, 7. Juli.** In der heutigen Sitzung des Reichstages, welcher der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, und mehrere andere Bevollmächtigte zum Bundesrathe und Commissarien desselben beiwohnten, gelangte ein Schreiben des Abg. Dr. Hammacher zur Verlesung, wonach derselbe infolge des Beschlusses der Wahlprüfungscommission, auf Grund der amtlichen Ermittlungen die Ungültigkeitserklärung der Wahl beim Hause zu beantragen, sein Mandat niederlegt. Der Abg. Dr. Lasker lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die ihm glaubwürdig hinterbrachte Thatsache, daß das dem obigen Commissionsbeschlusse zu Grunde liegende amtliche Material, obwohl es schon seit drei Monaten bei der Regierung in Schleswig liege, erst vor wenigen Tagen an das Haus gelangt sei, als der Abg. Dr. Hammacher angefangen habe, von der jetzigen Majorität des Reichstages zu dissentiren. Folgerungen aus dieser Thatsache wolle er nicht ziehen, er ersuche aber den Präsidenten um amtliche Constatirung derselben, um eventuell das Haus zu einem Beschlusse zu veranlassen, welcher ein solches Verfahren der Regierung künftig verhindere. Der Präsident versprach, diesem Wunsche nachzukommen.

Sodann theilte derselbe mit, daß die zu Bern am 24. Juni d. J. unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Reiche und der Schweiz wegen Regelung der Grenze bei Konstanz eingegangen sei.

Das Haus tritt dann in die zweite Verathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs und genehmigte die ersten fünf Paragraphen desselben unverändert und ohne Debatte nach den Commissionsbeschlüssen. In §. 6 wird bestimmt:

Für die Ausfuhr kann ausnahmsweise die Nachlieferung des Anmeldebuchs binnen längstens achtzigtägiger Frist gegen Einreichung eines Interimscheines gestattet werden. Hierfür beantragten die Abg. Dr. Karsten und Dr. Witte-Mecklenburg, um den Verkehr zu erleichtern: Der Reichstag wolle beschließen: den Eingang des zweiten Alinea von §. 6 wie folgt zu fassen: „Die Nachlieferung des Anmeldebuchs binnen längstens achtzigtägiger Frist ist gegen Einreichung eines Interimscheines gestattet.“

Der Referent Abg. v. Knapp und der Abg. Stumm erklärten sich im Interesse der Sicherheit der Statistik gegen diesen Antrag, worauf derselbe abgelehnt und die §§. 6—10 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen wurden.

Die §§. 11—15 handeln von der statistischen Gebühr. Die Abg. Dr. Witte-Mecklenburg, Dr. Karsten und Dr. Klugmann beantragten, dieselben zu streichen, resp. den §. 14 entsprechend zu modificiren. Alle drei Antragsteller hoben die Nutzlosigkeit einer solchen Gebühr für die Sicherheit der Statistik hervor. Derselbe könne nur erreicht werden durch ein reges Interesse des Handelsstandes an derselben, welches durch eine solche Gebühr vermindert werde. Der Abg. Stumm bestritt die letztere Thatsache; die Gebühr sei unumgänglich notwendig für die Sicherheit der Statistik, worin ihm der Referent und der Commissar des Bundesrathes Director des kaiserlichen statistischen Amtes Dr. Beder beistimmten. Der Antrag Witte wurde darauf abgelehnt.

Zu §. 12 erklärte der Commissar des Bundesrathes Geh. Oberregierungsrath Huber, auf Wunsch des Abg. Meier (Schäumburg-Lippe), daß der Durch-

fuhverkehr auch dann frei von der statistischen Gebühr sein werde, wenn die Waaren auf verschiedenen Transportwegen befördert würden, dies aber gleich von vornherein in den Begleitpapieren angezeigt sei. Im übrigen wurde die Vorlage unverändert nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgte die zweite Verathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Besteuerung des Tabaks.

§. 1 lautet nach dem Commissionsantrage:

Som ... Termin des Zolltarifs an ist an Eingangszoll zu erheben von 100 Kilogramm:
1) Tabakblätter, unbräunlich und Stengel, auch Tabakstauben 85 M. (120 M. in der Regierungsvorlage);
2) fabricirter Tabak: a) Cigarren und Cigaretten 210 M., b) anderer 180 M. (200 M.).

Der materiellen Zusammengehörigkeit wegen wird mit §. 1 gleichzeitig auch §. 2 zur Debatte gestellt.

Derselbe lautet nach dem Commissionsantrage:

Der innerhalb des Zollgebietes vom 1. April 1880 an erzeugte Tabak unterliegt der Besteuerung nach Maßgabe dieses Gesetzes. Die Steuer beträgt:

a) für das Jahr 1880 20 M., b) für das Jahr 1881 30 M., c) für das Jahr 1882 und folgende 45 M. für 100 Kilogramm nach Maßgabe des Gewichtes des Tabaks in fermentirtem oder getrocknetem fabricationsreifem Zustande. In welchen Fällen an Stelle dieser Steuer die Entrichtung einer Abgabe nach Maßgabe des Flächenraumes des mit Tabak bepflanztan Grundstückes tritt, ist in den §§. 23 fg. bestimmt.

Die Regierungsvorlage hatte folgenden Wortlaut: Der innerhalb des Zollgebietes vom ... an erzeugte Tabak unterliegt einer Steuer von 80 M. für 100 Kilogramm nach Maßgabe des Gewichtes des Tabaks in fermentirtem oder getrocknetem fabricationsreifem Zustande.

Abg. Graf v. Fugger-Kirchberg erstattete zunächst namens der Commission Bericht über die Vorlage und schließt mit der Bitte, dem Antrage der Commission unverändert zuzustimmen.

Abg. v. Schmid-Würtemberg:

Der Tabak könnte zwar nach der Meinung meiner Partei eine höhere Steuer tragen als die von der Commission vorgeschlagene, welche voraussichtlich nur einen Ertrag von 42—44 Mill. M. abwerfen wird. Wir werden uns jedoch der Majorität fügen, weil wir dieses Gesetz für einen integrierenden Bestandteil der großen Steuerreform betrachten, die wir auf alle Fälle durchzuführen wollen. Zugleich wird auf nicht abschbare Zeit ein für die Tabakindustrie erwünschter Ruhepunkt geschaffen. Das Gesetz hat endlich den Vorzug, daß es den Uebergang zu einer andern Besteuerungsform offen läßt; denn obgleich wir wünschen, daß diese Frage zur Ruhe komme, so betrachten wir doch den Tabak als ein Regresssteuerobject, zu welchem das Reich in Zeiten finanzieller Krisis immer wieder seine Zuflucht nehmen muß.

Abg. v. Marschall:

Alle Bedenken gegen die Commissionsbeschlüsse müssen gegen den Vortheil zurücktreten, den die endliche Erledigung der Frage dem Staate und der Industrie verschafft. So entschieden ich gegen die hohe von der Regierung vorgeschlagene Nachsteuer war (eine mäßige hätte ich gebilligt), so entschieden hielt ich es für nöthig, gegen die übermäßige Einfuhr einen Ausgleich zu schaffen. Der Ausgleich wird nun dadurch herbeigeführt, daß der inländische Tabak eine Zeit lang gegen den ausländischen concurrenzfähig erhalten wird. Wir wollen den inländischen Tabakbau, so wie er

Vom Prinzen Louis Napoleon.

Der ausburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus London: „Die Ursache des Todes des Prinzen Louis Napoleon, wegen deren aus napoleonistischen Circeln so heftige Angriffe gegen die Engländer gerichtet worden sind, ist in seiner Eigenwilligkeit, Unerschrockenheit und körperlichen Schwächlichkeit zu suchen — Eigenschaften, die am allerwenigsten beim Kundschafterdienste durch bloßen Muth wieder gut gemacht werden können. Wären die Rathschläge des Lieutenant Carey befolgt worden, der einen funfzehnjährigen Dienst hinter sich hat, so befände sich der Sohn Napoleons III. noch heute am Leben. Leider bestimmte Oberst Harrison, der die Streifwache ausbandte: es solle sich Carey in allem den Anordnungen des Prinzen fügen, da „Se. kaiserl. Hoh. ganz den Ruhm davon haben solle, den Ort für das aufzuschlagende Lager gewählt zu haben.“ Dies stimmt vollkommen mit des Prinzen eigener rühmrediger Aeußerung gegenüber Jules Amigues: „er wolle etwas thun, über das man in Frankreich von ihm sprechen könne; erst dann gebente er sich in Frankreich persönlich zu zeigen.“ Da Amigues Bonapartist ist, wirft die Mittheilung schon Licht auf das nach einer Befehlshaberstellung begierige Gebaren des ganz unerfahrenen Cadetten. Vergebens mahnte Lieutenant Carey den Prinzen, „zu warten, bis die sechs berittenen Landeskundigen Vasutos angelangt seien.“ „O nein“, sagte der Prinz, „wir sind stark genug.“ Von Eingeborenen ging daher nur ein einziger Jut mit. Er war zur Streifwache von einem im Hauptquartier angestellten Manne geliefert worden, welcher

der Sproß eines schottischen Adelshauses ist und sich jahrelang am Cap und im Zululande aufgehalten hat. Statt auf einer Anhöhe abzufatteln, von der man das umliegende Land leicht überblicken konnte — wie Carey es anrieth — bestand der Prinz darauf, in der Nähe des Flusses abzufatteln, wo sich in einem verlassenen Kraal Spuren eines kurz vorher genommenen Aufenthaltes von Zulus fanden. Ermattet, gab er keinerlei Befehl, Vorsichtsmaßregeln zu treffen; nicht einmal die Carabiner wurden geladen. Als Carey wieder zu satteln rieth, sagte der ebenso schwächliche und ermüdete wie eigenwillige junge Mensch: „Wartet noch 10 Minuten!“ In 5 Minuten änderte er indessen seine Meinung und gab Befehl: „Zum Aufstehen bereit!“ Doch kaum war das Wort gesprochen und er mit dem Fuße in dem Steigbügel, als die Schwarzen aus dem hohen Grafe emporstapften und feuerten. Nun folgte ein: „Rette dich wer kann!“ Lieutenant Carey, der sich ursprünglich freiwillig zur Begleitung der Streifwache angeboten hatte, aber von dem eigenmächtigen und hienlosen Verfahren des Prinzen, das den Ueberfall verschuldete, ohne Zweifel angewidert war, dachte nun, gleich allen andern, nur an seine eigene Rettung. Gute Kameradschaft bildet sich unter Umständen wie die obengeschilderten nicht leicht aus.“

Selbst der Morning Advertiser, der unter seiner jetzigen Redaction stets die freundlichste Haltung gegenüber der Familie Bonaparte gezeigt hat und von Carey's Handlungsweise nicht erbaut ist, schreibt: „Es ist höchst zweifelhaft, ob irgendein Versuch, den Prinzen zu retten, etwas anderes zur Folge hätte haben können als den Tod aller. Es ist ebenso sicher, daß, als Carey zuerst erfuhr, daß der Prinz sich in Gefahr befand, es zu spät war, ihn zu retten. Der Höhepunkt der Gefahr — in der That das eigentliche Trauerspiel — war in etwa einer halben Minute vorüber, sodas wenig Zeit zum Nachdenken blieb, vom Handeln ganz zu schweigen.“ Durch die plötzliche Gefahr emporgeschreckt und von den schon gewordenen Kossen fortgerissen, hatte allerdings niemand einen andern Gedanken als den, sich selbst zu sichern. Da hieß es: „Jeder für sich und der Teufel hole den letzten!“ So geschah es denn auch. Der Prinz, als der körperlich Schwächste, der eben durch seine Thorheit die ganze Kundschafterwache in diese Gefahr gebracht, vermochte auf den Grauschimmel — den er gemäß napoleonischer Ueberlieferung gewöhnt, obgleich das Ross etwas unbändig war — nicht hinaufzukommen, erhielt Hufstritte, wurde von den Zulus ereilt und hilflos niedergestochen. Er fiel als Opfer seiner den Rath eines Erfahrenen Ueberlieferung gewöhnt, obgleich das Ross etwas unbändig war — nicht hinaufzukommen, erhielt Hufstritte, wurde von den Zulus ereilt und hilflos niedergestochen. Er fiel als Opfer seiner den Rath eines Erfahrenen Ueberlieferung gewöhnt, obgleich das Ross etwas unbändig war — nicht hinaufzukommen, erhielt Hufstritte, wurde von den Zulus ereilt und hilflos niedergestochen. Er fiel als Opfer seiner

den als den Tod aller. Es ist ebenso sicher, daß, als Carey zuerst erfuhr, daß der Prinz sich in Gefahr befand, es zu spät war, ihn zu retten. Der Höhepunkt der Gefahr — in der That das eigentliche Trauerspiel — war in etwa einer halben Minute vorüber, sodas wenig Zeit zum Nachdenken blieb, vom Handeln ganz zu schweigen.“ Durch die plötzliche Gefahr emporgeschreckt und von den schon gewordenen Kossen fortgerissen, hatte allerdings niemand einen andern Gedanken als den, sich selbst zu sichern. Da hieß es: „Jeder für sich und der Teufel hole den letzten!“ So geschah es denn auch. Der Prinz, als der körperlich Schwächste, der eben durch seine Thorheit die ganze Kundschafterwache in diese Gefahr gebracht, vermochte auf den Grauschimmel — den er gemäß napoleonischer Ueberlieferung gewöhnt, obgleich das Ross etwas unbändig war — nicht hinaufzukommen, erhielt Hufstritte, wurde von den Zulus ereilt und hilflos niedergestochen. Er fiel als Opfer seiner den Rath eines Erfahrenen Ueberlieferung gewöhnt, obgleich das Ross etwas unbändig war — nicht hinaufzukommen, erhielt Hufstritte, wurde von den Zulus ereilt und hilflos niedergestochen. Er fiel als Opfer seiner

Leipziger Stadttheater.

—o Leipzig, 5. Juli. Suppe's „Fledermaus“, welche in diesen Tagen im Alten Theater zum ersten mal in Scene ging, gehört zu den Operetten neuesten Schlags, an deren Sujet eine ernsthafte Kritik wenig an-

besteht, erhalten und ihn gegen die Concurrenz des ausländischen, auch des jetzt eingeführten Speculationstabaks schützen; wir wollen ihn aber nicht zum Speculationsobject machen, jedoch durch Ueberproduction schließlich die Preise gedrückt werden. Deshalb ist es besser, die mäßige Steuer schon im nächsten Jahre zu erhöhen; man wird sich dann auch leichter in das Lästige der Controlen zu finden wissen.

Abg. Marcard erklärt sich ebenfalls mit dem Entwurfe im ganzen einverstanden.

Abg. Richter-Hagen:

Tabak eignet sich zur Besteuerung weit eher als das Petroleum, indem kommt er doch erst hinter dem Branntwein, und es ist bedauerlich, daß man den Branntwein noch nicht besteuert und zuerst den Tabak nimmt. Die heutige Vorlage ist in allem Wesentlichen der vorjährigen Camphausen'schen ähnlich. Das Princip der Steuer, daß sie eine Gewichtsteuer ist, halte ich für sehr schlimm. Dadurch wird bewirkt, daß der billige Tabak des armen Mannes bis zu 300 Proc. besteuert wird, während den reichen Mann nicht einmal der zehnte Theil dieser Steuer trifft. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten müssen den größten Theil der Steuer zahlen, diesen Mißstand sah man in der Commission auch ein, ohne jedoch etwas Genügendes zu finden, ihn zu heben. Ich glaube, daß die Tabakbauern das Drückende der Controlen sehr ungern tragen werden; aber auch die Fabrikanten werden sehr leiden in ihrem Geschäft. Wenn nun ein Rückgang im Consum von 20-25 Proc. eintreten sollte, dann würde auch die Production dem entsprechend zurückgehen müssen, und die Folge wird die Brodlosigkeit vieler Tausende von Arbeitern sein. Der Herr Reichsanzler sieht in der Tabakfrage allerdings das Monopol als ein Ideal an, und ich glaube wirklich, daß man so auf dem besten Wege zum Monopol ist, doch ist es mir schwer, eine so bedeutende Schädigung eines hochwichtigen Industriezweiges in Einklang zu bringen mit dem vorgebildeten Schutze der nationalen Industrie, die auch heute wieder Abg. Graf Fugger ins Feld geführt hat. Dieses Operiren und Experimentiren in allen Zoll- und Steuerfragen, dieses unbestimmte Umhertappen hat Deutschland schon unendlich viel geschadet und wird ihm noch viel schaden. Keiner weiß, woran er ist. Deutschland wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis dieses Regierungssystem des Reichsanzlers aufgehört hat. (Gelächter rechts.) Ja wohl, meine Herren, man weiß es bereits in weiten Kreisen Deutschlands, nicht eher wird es besser werden, als bis der Reichsanzler überhaupt zu regieren aufgehört hat. (Gelächter und großer Lärm.)

Abg. Dr. Blum:

Aus genauer Kenntniß des Tabakbaues muß ich leider die Ueberzeugung hegen, daß die Controlmaßregeln zu einer ungeheuren Veräufertigung werden müssen für den Tabakbauer, namentlich in der Uebergangszeit. Auch sonst noch drängen sich mir Bedenken verschiedenster Art auf, die ich aber weber geltend machen, noch auch in Anträgen niederlegen will, da sie doch bei der Stimmung des Hauses ausbleiben würden. Ich bin gegen das Monopol und hoffe, daß dieses Gesetz, das heute beschlossen werden soll, nicht eine Brücke zu demselben bilden wird, wie es der Abg. Richter zu besorgen scheint. In der kolossalen Höhe der Entschädigungssumme bei Einführung des Monopols, welche von der Enquete-commission auf 6-700 Mill. M. angesetzt ist, liegt für mich die beste Garantie gegen das Monopol, denn, nachdem der Milliardenbetrag in Deutschland vorüber, ist nicht daran zu denken, daß eine solche Summe flüssig gemacht werden kann für Abfindungen. Ich werde auch nicht Anträge stellen auf Ermäßigung der Uebergangszölle, obwohl dieselben in ihrer Höhe mir wohl geeignet erscheinen, einen bedeutenden Theil der Tabakindustrie zu gefährden, ja selbst zu ruiniren. Ich verzichte, wie gesagt, auf alle Anträge, um das Schicksal des Gesetzes nicht zu gefährden, das vom Hause einmal als Bedürfniß anerkannt wird.

Abg. Kopper-Mannheim (Demokrat):

Die Annahme der vorgeschlagenen Steuerzölle wird eine tief einschneidende Schädigung der ganzen Tabakindustrie zur Folge haben. Für den inländischen Tabak ist die auferlegte Steuer entschieden mindestens um 25 Proc. zu hoch, auch die Controlmaßregeln sind höchst drückend und lästig. Daß die Nachsteuer fällt, ist für die inländischen Tabaks-

bauer ein entschieden Nachtheil. Dieser große Nachtheil ist verschiedentlich in Broschüren auseinandergesetzt worden. Indes werde ich für heute keinen besondern Antrag einbringen, behalte mir das jedoch für die dritte Lesung ausdrücklich vor.

Abg. Dr. Buhl (Referent der Commission):

Was die zukünftige Situation anlangt, so können wir mit Sicherheit erwarten, daß der Consum entweder sehr wenig oder gar nicht nachlassen wird. Die Beschränkungen in dieser Beziehung sind unbegründet. Es ist von Seiten der inländischen Tabakbauern bedauert worden, daß die Nachsteuer fallen soll, indes wird der Schaden nicht ein beträchtlicher sein, wie er befürchtet wird. Jedenfalls wird in Folge der Annahme der Vorlage in weite Interessentkreise endlich Ruhe kommen, und ich habe die feste Ueberzeugung, daß in nicht zu langer Zeit man sich auf allen Seiten mit der Basis und dem ganzen Gesetze völlig befreundet haben wird.

Hierauf werden die §§. 1 und 2 angenommen. Ebenso ohne jede Debatte die §§. 3-18 inclusive.

§. 19 lautet:

Bei der erstmaligen Veräußerung des Tabaks wird der Käufer oder sonstige Erwerber zur Entrichtung der Steuer verpflichtet. In solchen Fällen hat der bisher Steuerpflichtige (§. 16) vor der Uebergabe des Tabaks die Steuerbehörde von der Veräußerung zu benachrichtigen und für die Steuer so lange solidarisch zu haften, als er nicht durch die Steuerbehörde ausdrücklich davon entbunden wird. Dies geschieht, wenn er die Uebergabe des Tabaks an den Käufer verweigert. Die Steuerbehörde hat die Entlassung des ursprünglich Steuerpflichtigen aus dieser solidarischen Haftung regelmäßig zu gewähren, sofern nicht im einzelnen Falle wegen der Persönlichkeit des Käufers oder mangelnder Sicherheit für die Steuerentrichtung besondere Bedenken entgegenstehen. Die verlangte Entlassung aus der Haftung darf nicht verweigert werden, wenn die Uebergabe des Tabaks vor der Steuerbehörde stattfindet. Hat die Uebergabe des Tabaks an einen Käufer oder sonstigen Erwerber nicht bis zum 15. Juli des auf die Ernte folgenden Jahres stattgefunden oder soll der Tabak vor der erstmaligen Veräußerung in den freien Verkehr gesetzt werden, so ist der Tabakpflanzler zur Entrichtung der Steuer verpflichtet. In jedem Falle haftet der Tabak ohne Rücksicht auf die Rechte eines dritten an demselben für die darauf ruhende Tabaksteuer und kann, solange deren Entrichtung nicht erfolgt, von der Steuerbehörde in Beschlag genommen oder zurückgehalten werden.

Abg. Bär-Offenburg hegt rechtliche Bedenken gegen das Retentionsrecht des Verkäufers und behält sich vor, bei der dritten Lesung einen Antrag einzubringen, welcher diesem Retentionsrecht die fehlende juristische Basis schafft.

Darauf wird dieser Paragraph sowie die folgenden bis §. 30 incl. angenommen.

§. 31 lautet:

Inländischen Tabakfabrikanten kann bei der Ausfuhr ihrer Fabrikate über die Zollgrenze oder bei Niederlegung in eine öffentliche Niederlage oder in ein unter amtlichem Mitverstand stehendes Privatlager eine Vergütung geleistet werden, welche je nachdem das Fabrikat aus ausländischem oder aus inländischem Tabak hergestellt ist, beträgt von 100 Kilogramm Netto:

- I. für Fabrikate aus ausländischen Blättern: a) für Schnupf- und Rauchtobak 60 M., b) für Rauchtobak 81 M., c) für Cigarren 94 M., d) für Cigaretten 66 M.; II. für Fabrikate aus inländischen Blättern: a) für Schnupf- und Rauchtobak 32 M., b) für Rauchtobak 43 M., c) für Cigarren 50 M., d) für Cigaretten 35 M.

Abg. Dr. Dernburg beantragt sub I und II für Schnupftobak die Exportprämie auf 64 resp. 34 M. festzustellen.

Bundescommissar Geh. Regierungsrath Provinzialsteuerdirector Schomer bittet, den Antrag abzulehnen.

Abg. Dernburg befürwortet seinen Antrag, der keinen neuen Zustand schaffen, sondern nur den be-

stehenden aufrecht erhalten wolle, was sich leicht auch unter Geltung des neuen Tabaksteuergesetzes ermöglichen lasse.

Der Antrag wird jedoch mit allen gegen 4 oder 5 Stimmen abgelehnt. (Heiterkeit.)

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden debattelos und unverändert genehmigt.

Nach der Annahme des Textes des Gesetzes selbst wird noch eine Resolution des Abg. Bebel zur Debatte gestellt:

Für den Fall einer Zoll- und Steuererhöhung auf den Tabak wolle der Reichstag beschließen: den Reichsanzler aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Tabakfabrikation in den deutschen Strafanstalten, Untersuchungsgefängnissen und öffentlichen Arbeitshäusern bis spätestens den 31. Dec. d. J. beseitigt werde.

Zu den Beratungen der Commission war der Antragsteller Abg. Bebel zugezogen. Im Laufe der Commissionsverhandlungen wurde indessen die Resolution in dem vom Abg. Bebel beantragten Wortlaute nicht angenommen, dagegen mit 12 gegen 8 Stimmen beschlossen, dem Reichstage die Annahme folgender Resolution zu empfehlen:

Den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin wirken zu wollen, daß im Falle einer Erhöhung der Tabaksteuer vorab und bis zur Herstellung des Einflusses der Steuererhöhung auf die Tabakindustrie die Anfertigung von Tabakfabrikaten in den Strafanstalten thunlichst eingeschränkt werde.

Abg. Bebel:

Es ist von keiner Seite in Abrede gestellt worden, daß eine Beschränkung des Consums von Tabakfabrikaten eintreten wird, also ist es unausbleiblich, daß auch eine Beschränkung der Production eintreten muß. Die letztere Folge wird auch noch dadurch bebingt, daß in Vorausicht dieses Gesetzes die Speculation dafür gefordert hat, daß alle Lager überfüllt sind. Es kommt nun hinzu, daß der ganze Entwurf die Tendenz hat, die Erzeugnisse des Kleinverwerbes unmöglich zu machen. Da sollte man doch mindestens die fürchterliche Concurrenz der Gefängnisarbeit beseitigen. Nach der officiellen Statistik kommt auf 28 freie ein gefangener Cigarrenarbeiter, das heißt mehr als 3 1/2 Proc. Da nun die Anzahl der freien Arbeiter infolge der verminderten Production noch abnehmen wird, so wird das Verhältniß für die freien Arbeiter noch drückender werden, zumal unter diesen in der genannten Production auch die Arbeiter von Rauch-, Kan- und Schnupftabak, die Sortierer und Verpacker beschäftigt sind - von denen in Gefängnissen keine beschäftigt sind. Es wird also die Concurrenz noch gesteigert, und das, glaube ich, kann doch Ihren Intentionen nicht entsprechen. Die Ihnen von der Commission vorgeschlagene Resolution kann nach meiner Ansicht gar keine Wirkung haben, ich bitte Sie also, meine Resolution anzunehmen. Ich glaube, daß sich in den Gefängnissen sehr wohl andere Arbeiten finden, vor allem dürften die Gefangenen sehr wohl mit den Arbeiten für die Bedürfnisse des Militärs beschäftigt werden; wenn die Gefangenen überhaupt für den Staat arbeiten, können die Arbeiten allen Steuerzahlern in gleicher Weise zugute, ohne eine Klasse von Bürgern besonders zu schädigen.

Hierauf wird die Resolution Bebel abgelehnt, (dafür nur die Socialdemokraten und einige Fortschrittler wie Abg. Richter-Hagen), die von der Commission vorgeschlagene angenommen.

Das Haus geht nunmehr zur Berathung des Tarifgesetzes über.

§. 1 lautet:

Bei der Einfuhr von Waaren werden Zölle nach Maßgabe des nachstehenden Zolltarifs erhoben. Derselbe tritt an die Stelle des Vereinstolltarifs vom 1. Oct. 1870 und des denselben abändernden Gesetzes vom 7. Juli 1873 (Reichs-Gesetzblatt, S. 241).

Der Zolltarif tritt sofort in Kraft bezüglich der Tarifnummern 6 (Eisen etc.), 14 (Hopfen), 15 (Instrumente etc.),

gebracht ist. Bilden doch jede Unwahrscheinlichkeiten, ästhetische Leichtfertigkeiten ebenso wie eine moralisch lockere Tendenz gerade wesentliche Wirkungsmittel des Sujets, wird doch der Zweck eines augenblicklichen, den Zuschauer nicht recht zur Besinnung kommen lassenden Amusements mehr mit Aufgebot des „höheren Witzsinns“ als des echten Witzes erreicht. Uebrigens ist die „Hedermaus“ eins der wenigen berartigen neuesten Werke, denen man eine geschicktere und zusammenhängendere Fortführung der Handlung nachrühmen kann. Die Suppé'sche Musik ist dem Genre durchaus angemessen, in ihrer Art vortrefflich, natürlich in den Mitteln auch wenig wäherlich, aber voll pikanten Lebens und treffend wirksam.

Eine besondere Anziehungskraft hatte die Vorstellung durch die Mitwirkung von Frau Geisinger erhalten. Nach dem, was wir neulich bei Besprechung ihrer Madame Favart im allgemeinen über ihre Leistungen gesagt haben, ist über ihre Rosalinde v. Eisenstein eigentlich nichts Neues zu bemerken. Sie führte diese Rolle mit der gleichen Meisterschaft, mit demselben Esprit, mit derselben künstlerischen Eleganz durch wie die vorhin genannte. Speciell als Sängerin glänzte sie im Vortrage des ungarischen Liedes (beim Feste des Prinzen Orlofsky), dessen Allegrotheil sie mit dem ganzen national-eigenartigen Feuer sang, wie es in solchen Gefängen lebt. Ihr stand Hr. Küstner würdig zur Seite, der den Gabriel v. Eisenstein mit der erforderlichen übermüthigen Laune und pridelnden Lebenslust gab und überhaupt seine virtuose Beherrschung des Darstellungstiles der Operette in dieser Rolle in besonders hellem Lichte zeigte. Auch Hr.

v. Januschowsky stellte das flotte, unternehmungslustige Stubenmädchen Adele überzeugend und mit gewohnter Gewandtheit dar. Nicht recht an ihrem Platze war Fr. Lwow, der man ihre Blastrtheit als Prinz Orlofsky nicht zu glauben vermochte und die demselben ein zu anmüthiges äußeres Wesen ließ. Hr. Schubert, der sonst stets die Heiterkeit des Publikums zu entfesseln versteht, machte als Gesangsdirigtor Frank keine rechte Wirkung; möglich, daß ihm die Rolle nicht besonders zusagte oder er nicht bei Laune war. Der Gesangslehrer Alfred, bei dessen erstaunlich frechem Benehmen im ersten Acte übrigens aller Witz aufhörte, war durch Hr. Liebau, Dr. Falke durch Hr. Eilmenreich und Dr. Blind durch Hr. Ulbrich angemessen vertreten. Ergötzlich drastisch, wenn auch nicht frei von manchen Uebertreibungen, war der Gerichtsdienier Frosch des Hrn. Pauli.

Ein bairisches Blatt erzählt: „Es gibt Gott sei Dank noch heitere geistliche Herren, welche Spaß verstehen und wol auch selbst machen. Einem solchen hochwürdigem Humoristen sei folgende Anekdote nachzählt: Ein Landpfarrer tief drinnen im Gebirge hatte in einem entfernten Dörfchen seines Sprengels einen Taufact verrichtet und machte sich, von dem Wefner begleitet, auf den Heimweg. Die Wanderung machte den beiden Durst und so sprachen denn der Seelsorger sammt Adjutanten in einem Gasthause ein. Als es nach dem Genuß von einigen Gläsern Wein aus Zahlen gehen sollte, machte der Herr Pfarrer die fatale Entdeckung, daß er kein Geld bei sich habe, und sein Begleiter besand sich ebenfalls im Zustande völliger Insolvenz. Der Hochwürdige rief also den Wirth beiseite, setzte ihn von der Sachlage in Kenntniß und nahm Credit in Anspruch, mit dem ausdrücklichen Ersuchen, der Gastgeber möge ja nicht etwa den Charakter oder Namen des Pfar-

ters und des Wefners an der Thür antreiben, wie er dies bei andern Beschuldigten zu thun pflegte. Bald darauf kam der Pfarrer wieder an derselben Gastwirthschaft vorbei und wünschte seine Schuld zu begleichen. Der Wirth ging sofort nach der Thür und sah dort nach. „Was“, rief der Pfarrer, „wir sind also doch da angelandet?“ „Ach Gott bewahre!“ entgegnete lächelnd der Wirth, „da steht nur: der Dominus vobiscum drei Seidel und der Spiritus aus zwei Seidel.“

London, 3. Juli. Der deutsche Botschafter Graf zu Münster eröffnete am 1. Juli in Wyndham-Palace, Bryanston-Square, eine Heimstätte für deutsche Gouvernanten, die von der seit verganginem Jahre hier bestehenden Association of German Governesses, dank der Gönnerschaft der vereinigten Großherzogin Alice von Hessen, der Fürstin von Waldeck-Pyrmont, der Gräfin Marie Münster, sowie vieler Damen der englischen Aristokratie und der einflussreichsten deutschen Kreise, gegründet worden ist. Das Home vermittelt Stellen für seine Mitglieder und bietet denselben Aufenthalt, bis sie ein neues Engagement gefunden, sowie Unterstützung in Krankheitsfällen. Es befinden sich in demselben Schlafräumlichkeiten für 18 Insassen, ein großes Bibliothekzimmer, ein Speisesaal und ein Comptoir.

Das Schriftchen „Ursachen der Verarmung und Mittel zur Abhilfe. Als Anhang: Jahresbericht des Vorstandes des Allgemeinen Vereins gegen Verarmung und Bettel zu Darmstadt für 1878“ (Darmstadt, G. Jongscha'sche Buchhandlung) ist jedenfalls ein dankenswerther Beitrag zu der von nicht genug Seiten aus zu erörternden Armenfrage.

Dr. Karl Riesel, der Chef des bekannten berliner Reifecomptoirs, feiert am 8. Juli d. J. sein fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum, denn am 8. Juli vor 25 Jahren unternahm derselbe seine erste Reise mit jungen Leuten nach den deutschen Weibern. Dr. Karl Riesel ist in Nordhausen geboren und in den Franck'schen Stiftungen zu Halle erzogen.

23 (Nicht nachsehen 29 (Petr... milche B... Tarifs); Sogofurr... Hälftenfr... Graupen... waaren (e... mit der C... mußert a... maltes o... waaren e... nahme v... tem Meta... unter 10... 1880 in... Gegenfär... §. 1... laut geb... Bei b... gabe des... vom 1... vom 1... Nach... auch für... und für... treten;... noch für... leit erlat... Abg... Rüdft... bauer des... möglich e... zu gleich... wenig ge... gattungen... Abg... Es ist... gleichgült... oder ausl... das hieße... Bewußtse... handel da... scheint da... Richtunge... Stände i... ertragen... recht, in... feit), doch... ertragen... den Einz... Wille der... allerhöch... in Ausfid... Entlastun... Reich der... sondern ist... die Staat... recten S... Deficit de... möglich i... wird felt... Wenn wi... die vorka... paralyfirt... Hauptorg... stein'schen... v. Pennig... So die K... Das cons... Weibehalt... vollstänbig... digkeit de... Ein... dem Antr... Abg... Er wo... ganzen T... stein'scher... enthalte... werden k... Getreidez... befiz sei d... der Getre... den. Die... mit der P... lauzers... tarif wird... auch zum... gegeben... ditionen... dadurch ei... beneidz;... schen Sta... jene Trab... Gelächter... Der... des Bun... Abg... Ich ha... meinen A... Reichspfe... Centrum... sein, so e... entgegen... erfannte... Mitglied... längere B... wie sehr... man auch... Ballstrem

23 (Lichte), 25 (Material- u. Waaren u.) mit Ausschluß der nachstehend unter c genannten Gegenstände, 26 (Oel u.), 29 (Petroleum), 37 (Thiere u.) und 39 (Wiedl).

Bezüglich der nachstehend bezeichneten Artikel: a) Chemische Färbemittel (unter 50 des Tarifs); b) Malz (90 des Tarifs); c) Kraftmehl, Puder, Arrowroot, Nudeln, Sago, Sagosurrogate, Tapioca, Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich geschrotene oder geschälte Körner, Graupen, Gerste, Erbsen, Mehl, gewöhnliches Nachwerk (Büchermüll) (25 q des Tarifs); d) Leinwand, einfaches, rohes, mit der Hand gesponnenes (unter 22a des Tarifs); e) Glas, weißes, gepreßt, geschliffen, abgerieben, geschnitten oder gemustert (unter 100 des Tarifs); f) Glas, farbiges, bemaltes oder vergoldetes, ohne Unterschied der Form; Glaswaaren in Verbindung mit andern Materialien, mit Ausnahme von edeln Metallen, echt vergoldetem oder versilbertem Metall, Schildpatt, echten Perlen, Korallen oder Steinen (unter 10f des Tarifs), tritt der Tarif mit dem 1. Jan. 1880 in Kraft. Für die übrigen im Tarif aufgeführten Gegenstände tritt er am 1. Oct. 1879 in Kraft.

§. 1 der Regierungsvorlage hatte folgenden Wortlaut gehabt:

Bei der Einfuhr von Waaren werden Zölle nach Maßgabe des nachfolgenden Zolltarifs erhoben. Derselbe tritt vom 1. . . . 18. . . ab an die Stelle des Vereinstolltarifs vom 1. Oct. 1870 und des denselben abändernden Gesetzes vom 1. Juli 1873 (Reichs-Gesetzblatt, S. 241).

Nach dem inzwischen gedruckt vertheilten Antrage des Abg. Udo Grafen zu Stolberg-Kastenburg soll auch für Mühlenfabrikate u. (Pos. 25 g 2 des Tarifs) und für Fette (Pos. 26 c) der Zolltarif sofort in Kraft treten; dagegen soll er vom 1. Oct. 1879 an nur noch für Getreide und Holz (Pos. 9 und 13) Gültigkeit erlangen; im übrigen erst mit dem 1. Jan. 1880.

Abg. Windthorst als Referent:

Rücksichten verschiedener Art, insbesondere aber die Fortdauer des deutsch-belgischen Handelsvertrages, lassen es unmöglich erscheinen, für alle Zweige der Industrie den Tarif zu gleicher Zeit einzuführen; §. 1 enthält nun die notwendig gewordenen verschiedenen Classificierungen der Waarengattungen und die Angaben der Einfuhrterminen.

Abg. Reichensperger-Dilpe:

Es ist ein großer Irrthum, wenn man glaubt, daß es gleichgültig sei, ob man mit seinen Befehlungen deutsche oder ausländische Arbeiter ernährt (Rufe: Kreuzer Weber!), das heißt, dem Auslande gegenüber das deutsche nationale Bewußtsein ganz und gar aufgeben. Wenn für den Freihandel auf das Beispiel Englands hingewiesen wird, so erscheint das unzulässig, weil England mit seiner nach allen Richtungen hin vorhandenen Superiorität eher als wir im Stande ist, auch die Schäden des Freihandelsystems zu ertragen. Realisch behauptete Dr. Lasker, freilich mit Unrecht, in einer für ihn verhältnismäßig kurzen Rede (Weiterkeit), daß wir nur den Grundbesitz mit den neuen Steuererträgen entlasten wollten; der Verwendung der Gelder in den Einzelstaaten ist keine Grenze vorgeschrieben als der Wille der Gesetzgebung des Landes; für Preußen hat eine allerhöchste Cabinetsordre an den Landtag Verwendungen in Aussicht genommen, die weniger den Grundbesitz als die Entlastung der Communalverbände im Auge hat. Hat das Reich den Einzelstaaten nicht bloß neue Lasten aufgelegt, sondern ihnen sogar die Finanzquelle entzogen, aus denen die Staaten sonst zu schöpfen pflegen, nämlich die indirecten Steuern, so muß es für das notorisch vorhandene Deficit der letztern Dedung schaffen, und daß dies nicht möglich ist durch eine Erhöhung der directen Steuern, darin wird selbst der Hr. Abg. Richter-Hagen mir recht geben. Wenn wir nun die indirecten Steuern vermehren, so wird die vorhandene constitutionelle Gefahr, die darin liegen mag, paralytisch durch den Antrag Frandenstein. Selbst die Hauptorgane der National-Liberalen haben dem Frandenstein'schen Antrage Beifall geollt, den Quotisationsantrag v. Bennigsen dagegen als „zu schwachmüthig“ bezeichnet! So die Kölnische Zeitung, der liberale Monitor am Rhein. Das constitutionelle Recht der Einzelstaaten ist durch die Beibehaltung der Matricularbeiträge in einer andern Form vollständig gewahrt und gleichwol ist die erwünschte Selbständigkeit des Reiches in finanzieller Beziehung erreicht.

Ein Unterantrag des Abg. Dr. Bamberger will in dem Antrage des Grafen Stolberg das Getreide streichen.

Abg. Dr. Boretius:

Er werde gegen §. 1 und wahrscheinlich auch gegen den ganzen Tarif stimmen, namentlich weil §. 7 (Frandenstein'scher Antrag) eine Veränderung der Reichsverfassung enthalte, die mit juristischen Gründen nicht mehr verteidigt werden könne. Aber auch die meisten Schutzzölle und die Getreidezölle seien ihm unsympathisch, dem kleinen Grundbesitz sei damit nicht geholfen, vielmehr werde die Aufhebung der Getreidezölle den Gegenstand beständiger Agitation bilden. Die weiteren Ausführungen des Redners befaßten sich mit der Person und der Regierungspolitik des Herrn Reichskanzlers, die sich in dem neuen Zolltarif krönte. Der Zolltarif wird allgemein als der Barnbiller'sche bezeichnet und auch zum §. 7 hat Hr. v. Barnbiller ja seine Zustimmung gegeben. Derselbe Herr hat 1866 den altpreussischen Traditionen sein vas victis! zugerufen (große Unruhe) und dadurch eine Unsterblichkeit erworben, um die ich ihn nicht beneide; Gott gebe, daß der Knochenbau des alten preussischen Staates stark genug sein möge, um den §. 7, der in jene Traditionen Pflöcke legen sollte, zu ertragen! (Unruhe, Gelächter.)

Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck ist am Tische des Bundesrathes erschienen.

Abg. Dr. Bamberger:

Ich habe mich eigentlich nur zum Worte gemeldet, um meinen Antrag zu begründen. Indessen hatte sich Abg. Reichensperger auf mich berufen, daß der Reichskanzler dem Centrum entgegengekommen sei; aber wir wollen doch offen sein, so ein bißchen sind Sie dem Reichskanzler doch auch entgegengekommen. Wie sich die Situation verändert hatte, erkannte und bezeichnete in drastischer Weise ein verehrtes Mitglied des Centrum, welches, durch Krankheit verhindert, längere Zeit von den Sitzungen fern geblieben war. Aber wie sehr Sie ihren Standpunkt verändert haben, das sieht man auch an der merkwürdigen Aeußerung des Grafen Ballestrem von dem sogenannten armen Manne. Nun will

Graf Stolberg in seinem Antrage drei Termine und das Getreide vom 1. Oct. 1879 ab nach dem neuen Tarif verzoellen. Ich möchte Sie bitten, meinem Antrage zuzustimmen und für Getreide den 1. Jan. 1880 festzusetzen, welchem Termin ja auch Graf Stolberg eigentlich als Generaltermin ansetzt.

Abg. Frhr. v. Barnbiller:

Der Hr. Abg. Boretius hat mir zuerst den Vorwurf gemacht, daß ich als angeblicher Vater des Entwurfs, über welchen Sie berathen, die preussischen Traditionen durchbrochen habe. Ich lasse dahingestellt, ob es wahr ist oder nicht, jedenfalls muß ich Sie daran erinnern, daß wir hier nicht preussische, sondern deutsche Politik treiben. Der Hr. Abg. Boretius hat sodann dieses vielbesprochene gestülzte Wort vas victis, was ich im Abgeordnetenhaufe in Stuttgart ausgesprochen habe, mir zum Vorwurfe gemacht. Meine Herren! Damals standen wir Preußen als Feinde gegenüber, ich wäre also vollkommen im Rechte gewesen, dieses Wort zu sagen, ohne daß man daraus mir einen Vorwurf hätte machen können. Allein ich habe dieses Wort in diesem Sinne nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, das vas victis würde den Besiegten nicht erpart sein, auch wenn es die Preußen sein sollten, die besiegt würden, und deshalb sei es meine Pflicht und mein Wille und die Pflicht aller, soviel als möglich für die Aufrechterhaltung des Friedens zu wirken und zu sorgen um, meine Herren, ich bin mir bewußt, daß ich im Jahre 1866 alles, was ein Minister eines kleinen Staates thun kann, um den Frieden zu erhalten, gethan habe. Nun aber, meine Herren, kam das Jahr 1866, wir sind besiegt worden und das vas victis hat auf uns Anwendung gefunden. Daß es in so mißlicher Form geschah, wie es geschehen ist, das, meine Herren, verdanke ich, und ich werde es nie vergessen, dem Manne, welcher jetzt an der Spitze von Deutschland steht. (Bravo! rechts.) Was habe ich nun gethan, nachdem wir besiegt waren, und es sich um den Friedensschluß gehandelt hat?

Nachdem der Friedensschluß fertig war, sind aus meiner Initiative die Bündnisseverträge in Deutschland hervorgegangen. Ich war der erste deutsche Minister, der den aus meinem Antrage hervorgegangenen Bündnissevertrag unterzeichnet hat. Ich habe bei dem Friedensvertrage darauf hingewirkt und darum gebeten, daß der Zollverein erhalten werde, und nachdem derselbe gekündigt werden sollte von seiten Preußens, da war ich es, welcher dahin gewirkt und es herbeigeführt hat, daß das Zollparlament berufen wurde, damit der Zollverein, damals das einzige nationale Band für Deutschland, nicht zerrissen werde. Ich bin überzeugt, daß der Herr Reichskanzler, welcher am Tische des Bundesrathes sitzt, mir das alles bezeugen kann. (Reichskanzler Fürst Bismarck mit zustimmender Handbewegung: „Gewiß!“) Sodann war ich unter den deutschen Ministern im Jahre 1870, wenn nicht der erste, jedenfalls so ziemlich einer der ersten, welcher dem französischen Gesandten jeden Zweifel benommen hat, daß Württemberg auf seiten der deutschen Sache unwankebar stehen werde. (Beifall.) Wir haben dann, meine Herren, im Kriege selbst unsere Pflicht gewiß gethan wie alle andern, und, meine Herren, ich kann Ihnen sagen, daß ich an einem Tage aus französischen Schlachtfeldern vier Kesseln verloren habe, also auch persönlich bin ich mit meiner Familie eingetreten. Meine Herren! Solchen Verhältnissen gegenüber konnte und wollte ich nicht schweigen Verdrüssigungen gegenüber, die von dieser Tribüne aus vor der ersten, wichtigsten Versammlung Deutschlands gegen mich geschleudert worden sind. (Bravo!) Das ist das erste Mal, daß ich gegen solche Angriffe reagire, daß ich darauf antworte; aber hier mußte es geschehen, und ich bitte Sie, dessen eingedenk zu sein; was ich hier gesagt habe, ist die reine Wahrheit. Und ich hoffe, die Wahrheit, dafür habe ich gesorgt, wird seinerzeit dem Geschichtschreiber nicht verschlossen sein. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Udo Graf Stolberg wendet sich gegen die Einwendungen des Abg. Bamberger bezüglich des Getreides. Wenn auch der generelle Termin der 1. Jan. 1880 sein soll, so ist doch für das Getreide absolut ein früherer Einfuhrtermin angezeigt, um die übermäßige Speculation zu hindern, die Lage zu ihrem Gunsten auszubenten.

Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann:

Die verblüdeten Regierungen sind nach eingehender Prüfung der Vorschläge der Commission zu dem Ergebnis gekommen, daß der Termin des 1. Oct. 1879 nicht durchzusetzen möglich sein wird, namentlich wegen des neu auszuarbeitenden Waarenverzeichnisses. Dagegen sind die Regierungen mit dem Antrage des Grafen Stolberg einverstanden.

Die Debatte wird geschlossen. Persönlich verwahrt sich Abg. Richter-Hagen gegen die Unterstellung des Abg. Reichensperger-Dilpe, als ob er (Redner) jetzt in politischer Beziehung Arm in Arm mit Hrn. Bebel spaziere. Das allerdings müßte gebührend gewürdigt werden, daß jetzt Hr. Reichensperger und Hr. v. Kleist-Regow Arm in Arm gehen! (Heiterkeit rechts.)

Nach einer kurzen Replik des Abg. Reichensperger-Dilpe, welcher bestrittet, die citirte Behauptung aufgestellt zu haben, erhält das Wort Referent Abg. Windthorst:

Er wolle nicht persönlich untersuchen, ob der Reichskanzler zum Centrum oder dieses zu ihm gekommen sei. (Heiterkeit.) Es handle sich einfach um die Frage, wann die Einfuhrterminen für den neuen Tarif am besten lägen. Nachdem der Präsident des Reichskanzleramtes Hofmann die Annahme des Antrages Stolberg empfohlen, stelle auch er als Referent der Commission die Annahme desselben anheim.

§. 1 wird nach dem Antrage Stolberg angenommen.

§. 2 lautet:

Die Gewichtszölle werden von dem Bruttogewicht erhoben: a) wenn der Tarif dies ausdrücklich vorschreibt, b) bei Waaren, für welche der Zoll 6 M. von 100 Kilogramm nicht übersteigt. Im übrigen wird den Gewichtszöllen das Nettogewicht zu Grunde gelegt. Bei der Ermittlung des Nettogewichts von Flüssigkeiten wird das Gewicht der unmittelbaren Umhüllungen (Fässer, Flaschen,

Kruken u.) nicht in Abzug gebracht. Hinsichtlich des Syrupus bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

Für die übrigen Waarengattungen bestimmt der Bundesrath die Procentsätze des Bruttogewichts, nach welchen das Nettogewicht berechnet werden kann.

Abg. Udo Graf zu Stolberg beantragt nach §. 2 einen neuen §. 2 a einzuschalten:

Der Bundesrath ist ermächtigt, vorzuschreiben, daß die Abfertigung der unter die Tarifpositionen 20 und 22 a, b, c und f fallenden Waaren nur bei bestimmten Zollstellen stattfinden darf, sofern die Beteiligten nicht zur Erlegung des höchsten Zollsatzes der betreffenden Tarifpositionen bereit sind.

Abg. Möring fragt an, ob später dieselben Grundzüge bei den fraglichen Anordnungen im Bundesrath maßgebend sein würden wie heute.

Bundescommissar Geheimrath Burchard bestätigt diese Frage im wesentlichen. Es müsse denn aber sein, daß auf Grund gemachter Erfahrungen der Bundesrath eine Aenderung der Tarifsätze beschliesse.

Abg. Graf Stolberg befürwortet seinen Antrag aus zolltechnischen Gründen; auch Geheimrath Burchard erklärt die Zustimmung des Bundesrathes.

§. 2 wird nach dem Antrage Graf Stolberg angenommen, desgleichen §. 2 a und §. 3, letzterer nach der Regierungsvorlage.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Präsident v. Seydewitz schlägt vor, heute Abend 7 Uhr eine Sitzung abzuhalten. (Värm links.)

Die Abg. v. Venda und Richter-Hagen protestiren gegen eine solche Abend Sitzung, letzterer als gegen eine Mißhandlung der Minorität nach sechsständiger angestrengter Arbeit. Das Centrum habe doch früher immer gegen eine solche Vergewaltigung gestimmt. Wie wolle es sich heute verhalten?

Die Abg. v. Kardorff und v. Schorlemer-Ast sind für eine Abend Sitzung, auf deren Tagesordnung aber nicht der Tarif, sondern nur kleinere Vorlagen stehen dürften.

Präsident v. Seydewitz schlägt als Tagesordnung die Anträge zur Gewerbeordnung und ähnliche kleinere Vorlagen vor.

Abg. Richter-Hagen gibt der Majorität, wenn sie eine Abend Sitzung beschließt, zu bedenken, ob sie denn auch beschlußfähig sein werde, wenn die ermüdete Minorität zu Hause bleibt? (Ho!)

Im Wege der Zählung wird der Vorschlag, heute Abend 7 Uhr eine Sitzung abzuhalten, mit 147 gegen 136 Stimmen angenommen.

Abg. Kiderer beantragt, heute Abend zunächst die Petitionen über die Civilehe zu berathen, deren Berathung schon einmal abgebrochen ist.

Abg. v. Kleist-Regow widerspricht dem, da diese Sachen für die Abend Sitzung denn doch zu wichtig wären. (Aha! links; Also doch!)

Der Antrag Richter wird abgelehnt. Nächste Sitzung heute Abend 7 Uhr. Tagesordnung: Reichstagsgebäudeetat; kleinere Vorlagen.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger theilt mit: „Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem seitherigen Staats- und Finanzminister Hobrecht die nachgesuchte Dienstentlassung zu ertheilen und dem Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern Bitter zum Staats- und Finanzminister zu ernennen.“

— Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hört, ist der auscheidende Staatsminister Hobrecht zum Wirkl. Geheimrath mit dem Prädicat „Excellenz“ ernannt worden. Hr. Hobrecht beabsichtigt dem Vernehmen nach in das Privatleben zurückzutreten.

— Der Deutsche Reichs-Anzeiger vom 7. Juli enthält eine Bekanntmachung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck vom 5. Juli betreffend die vorläufige Einführung von Eingangszöllen auf Material- und Spezerei-, auch Conditorenwaaren und andere Consumibilia sowie auf Petroleum.

× Berlin, 7. Juli. Ueber die v. Dent'sche Entlassungsangelegenheit sind widersprechende Aeußerungen verbreitet. Thatsache ist, daß Hr. v. Dent erst vor kurzem sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte. Das erneute Gerücht, daß der bisherige Regierungspräsident v. Bötticher zum Reichs-Schatzsecretär designirt sei, dürfte sich nicht bestätigen. Es scheint vielmehr, daß Hr. v. Bötticher eine seiner bisherigen erfolgreichen Wirksamkeit entsprechende höhere Stellung im Reich der allgemeinen Verwaltung erhalten werde. — Das Abschiedsgesuch Hobrecht's ist unterm 5. Juli allerhöchst genehmigt worden. Von demselben Tage datirt die Berufung Bitter's an Hobrecht's Stelle. Bitter hat sich gestern vom Minister des Innern und seinen Räten verabschiedet und ist heute in seine neue Stellung eingetreten. Die weiteren Ernennungen werden erst gegen Schluß der Reichstagsession zur formellen Ausführung gelangen. Es besteht jedoch darüber die vollste Uebereinstimmung zwischen dem Kaiser und dem Ministerpräsidenten. Als Nachfolger Bitter's im Ministerium des Innern ist ein höherer Beamter der Reichsregierung in Aussicht genommen,

der früher der preussischen Verwaltung angehörte. Die Ernennung desselben wird unverweilt erfolgen.

N.L.C. Berlin, 7. Juli. In den letzten Tagen sind über Verhandlungen und Vorgänge innerhalb der national-liberalen Fraction vielfach theils unzutreffende, theils vollständig erfundene Nachrichten verbreitet worden. Zu den letzten gehören namentlich die angeblichen Beschlüsse der Fraction. Solche sind in den beiden in voriger Woche abgehaltenen Sitzungen überhaupt nicht erfolgt; erst am Schlusse ihrer heutigen, vor dem Beginn des Plenums abgehaltenen Sitzung ist die Fraction zur Beschlussfassung geschritten. Dieselbe geht dahin, daß die Fraction den sogenannten Antrag Frandenstein, jetzt §. 7 des Zolltarifgesetzes, ablehnt und beschließt, in der dritten Lesung sowohl gegen die Finanzzölle wie schließlich gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Die National-Zeitung berichtet unterm 7. Juli: „Die national-liberale Fraction beschloß heute einstimmig die Ablehnung des Frandenstein'schen Antrages. Die große Mehrheit beschloß weiter, schon jetzt bei Annahme jenes Antrages die Tarifvorlage abzulehnen; eine Minorität behielt sich die Beschlussfassung vor. Es ist dies, wie wir gegenüber einer Reihe verfrähter und unrichtiger Berichte bemerken, der erste Beschluss, welchen die Fraction über die vorliegenden Fragen gefaßt hat.“

Am Sonntag, 6. Juli nachmittags 3 Uhr, trat der Bundesrath unter Vorsitz des Fürsten Bismarck zu einer Sitzung zusammen, an welcher schon Hr. Bitter als neuernannter preussischer Finanzminister theilnahm. Die Sitzung, welche die Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu den Beschlüssen der Tarifcommission zum Gegenstande hatte, fand im Reichskanzleramt statt und währte bis gegen 6 Uhr. Ueber den Inhalt derselben wird der National-Zeitung Folgendes gemeldet: „Es liegt die Absicht vor, womöglich eine Abklärung der Verhandlungen dadurch zu erlangen, daß dem Reichstage kein Zweifel über die Beschlüsse der Regierung bleibe, und so sind denn wol heute an den betreffenden Stellen der Tarifberathung die wichtigen Erklärungen der Regierung zu erwarten. Im großen und ganzen ist auf Zustimmung der Regierung zu den Commissionsbeschlüssen zu rechnen. Bezüglich der letztern über die Getreidezufuhr besteht eine abweichende Auffassung der Regierung und es wird, wenn auch mit fraglichem Erfolg, die Bemühung nicht aufgegeben werden, die Commissionsbeschlüsse in dieser Richtung umzustossen.“ Von anderer Seite wird demselben Blatte mitgetheilt, daß die Beschlüsse des Bundesrathes sich wesentlich auf den §. 1 und die §§. 6 und 7 des Tarifgesetzes beziehen. Bezüglich des Infratretens der neuen Zollsätze (§. 1) verlangt der Bundesrath, daß dieser für Eisen, Hopfen, Instrumente und die Finanzartikel sofort, für Getreide und Holz mit dem 1. Oct. d. J., für die übrigen Artikel mit dem 1. Jan. 1880 stattfinden. In §. 6 Nr. 1 soll es nach dem Bundesrathsbefehle Transilager für Getreide „können bewilligt werden“, statt „werden bewilligt“ heißen. Zu §. 7, dem Frandenstein'schen Antrage, ist folgender Zusatz beschlossen:

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. April 1880 in Kraft. Insofern der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oct. 1879 bis 31. März 1880 die Summe von 52,661,815 M. übersteigt, kommt der Ueberschuß an den Matrikularbeiträgen der einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe ihrer Bevölkerung in Abzug.

Einer der heftigsten Gegner der durch den Fürsten Bismarck geschaffenen augenblicklichen Lage, die Magdeburgische Zeitung, steht in ihrem neuesten Leitartikel dieselbe plötzlich aus anderm Gesichtspunkte an. Sie schreibt:

Daß Hobrecht und Friedenthal ihren Abschied genommen haben, macht noch lange nicht den Eindruck, wie ihn überall die Nachricht herbeigerufen hat, daß auch Falk zurückgetreten sei. Es gab der Männer gar viele im Lande, welche sagten, solange Falk am Ruder sei, wollten sie sich durch nichts in ihrer Zuversicht beirren lassen, daß alles seinen guten Weg nehmen werde; erst, wenn er weiche, würden sie daran glauben, daß Schlimmes im Werke sei. Man kann sich nun wol vorstellen, wie gedrückt, niedergeschlagen, halb verzweifelt die Stimmung auch dort ist, wo man bis zuletzt noch guten Muth hatte. Wo soll das alles hinaus? Windthorst und Frandenstein, der sich dawider erklärt hatte, daß Baiern im Jahre 1870 den Feldzug gegen Frankreich mitmache, sind jetzt die Männer, mit denen der Reichskanzler vertrauliche Unterhandlungen pflegt? Welcher Umschwung! Wo gibt es noch einen Falk? In wohl, dieser Gang der Dinge ist abenteuerlich, so abenteuerlich, daß man ruhig werden und fragen muß, ob hinter all dem Erstaunlichen, was sich ereignet, nicht ein großes Räthsel verborgen sei, dessen berechnete Lösung die Erklärung für diese Wendung enthalten und unsern großen Reichskanzler rechtfertigen wird? Wenn wir dies nicht annehmen dürften, dann müßten wir alle Hoffnung sinken lassen und den schwärzesten Pessimismus zu unserm Programm machen. Wie sehr auch alles gegen den Kanzler spreche, wir geben das Vertrauen zu ihm nicht auf. In dieser kritischen Zeit wird dasselbe auf die Probe gestellt, wir geben es zu, auf eine harte Probe. Es müßte aber nicht so tief begründet gewesen sein, wenn es derselben nicht standhalten vermöchte. Wir erachten es für schlechthin unmöglich, daß ein mit so unsterblichen Verdiensten bedeckter Mann seinem geschichtlichen Namen so dunkle Fäden ansprengen könnte. Wir halten es für schlechthin unmöglich, daß, wer einen so hohen Staats-

männischen Gang genommen, zuletzt wie irgendein grundlosloser Virtuose der Diplomatie enden sollte. Wir nehmen es als schlechthin unmöglich an, daß er, der einen solchen Kampf mit dem Centrum geführt, nun mit diesem Arm in Arm gehen und einen traurigen Waffenstillstand mit der Curie schließen könnte, ohne daß sehr wichtige Interessen ihn dazu nöthigen, ohne daß höhere Gesichtspunkte ihm dies räthlich und geboten erscheinen lassen. Wir wiederholen: hier muß ein Räthsel im Hintergrunde liegen, etwa in der auswärtigen Politik, ein Räthsel, dessen Lösung auch die Rechtfertigung des Reichskanzlers bedeuten wird. Wir täuschen uns? Nun wohl, wenn wirklich alles das ein grausamer Irrthum gewesen ist, woran wir bisher geglaubt haben, wenn wirklich alles, worauf die deutsche Nation ihren Stolz, ihr Vertrauen stellte und ihre Hoffnung baute, ins Wanken und zum Sturz kommen sollte, was bedeutete dann gegenüber einem so ungeheuren Zusammenbruch diese letzte Täuschung? Nein! Wir vertrauen dem Kanzler und seinem Stern. Mögen die Liberalen sich nicht einer allzu pessimistischen Stimmung hingeben! Der Kanzler hatte unrecht, wenn er von ihnen verlangte, sie sollten zu allem, was er unternehme und vorschlage, blindlings ihre Zustimmung geben. Eine solche Stellung ziemt sich wol für Kataklysmen, aber nicht für selbständige Männer, ist einer Partei unwürdig, die ihre Zukunft nicht preisgeben will. Wird sie in die Opposition gedrängt, so muß sie dieselbe aufnehmen; aber eine Freude kann sie daran nicht haben; sie darf und soll auch in Zukunft nicht Opposition treiben aus Liebe zur Opposition. Sie muß manhaft ihren Bestand verteidigen, sich sammeln und stärken. Vor allem darf sie dem Radicalismus, der sich wieder zu rühren und zu fühlen beginnt, das Thor nicht öffnen. Die Tage werden dann nicht ausbleiben, wo auch ihr Verhalten seine Rechtfertigung finden wird.

Diesen letzten Sätzen stimmen wir durchaus bei; auf die andern hier angeregten Fragen kommen wir wol zurück.

Die die Dinge jetzt liegen, sieht der Schwäbische Merkur zwar ein Erlahmen der positivistisch schaffenden Reichspolitik voraus, die von einer conservativ-ultramontanen Coalition nicht getragen werden könne; der Vorbehalt indes, den Fürst Bismarck so gut seinen neuen Freunden wie seinen alten gegenüber mache, bürge einfließen dafür, daß die Bäume jener Coalition nicht in den Himmel wachsen. „Stillstand haben wir zu erwarten an allen Punkten der Reichs- und Staatsthätigkeit; das Gerede von „Reaction“ ist heute noch so gedankenlos oder demagogisch unehrlich wie immer, wenn es in den letzten Jahren auftauchte.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Ueber die Veranlassung zu dem Rücktritt des Ministers Friedenthal werden in demokratischen Blättern noch immer die abgeschmacktesten Gerüchte verbreitet. Eine thatsächliche Richtigstellung erscheint deshalb notwendig. Der Minister Friedenthal hat bereits vor einem Jahre den Entschluß kundgegeben, nicht länger als sein Colleague Falk im Amte zu verbleiben. Er hat darauf im Mai d. J. dem Reichskanzler eröffnet, daß er nach Beendigung der Reichstagsession seinen Abschied nehmen werde, und wenn er diesen Termin nicht abgewartet hat, so ist er offenbar dazu durch den Rücktritt des Ministers Falk bestimmt worden. Sonstige Zwischenfälle haben hierbei nicht mitwirken können, weil dieselben überhaupt nur als tendenziöse Erfindungen sensationsbedürftiger Correspondenten existiren.“

Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „Dem Cultusminister Dr. Falk steht, wie wir hören, bei seinem Scheiden aus dem Amte von allerhöchster Stelle eine besondere Auszeichnung bevor.“

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Einem aus Kreisen des Cultusministeriums herrührenden Gerücht zufolge soll der Unterstaatssecretär Dr. Sydow infolge des Abganges des Ministers Dr. Falk den Wunsch einer Veränderung in seiner Stellung zu erkennen gegeben haben.“

Die Kieler Zeitung hatte berichtet, daß der Kaiser das Abschiedsgesuch des Viceadmirals v. Pent nicht genehmigt habe. In seiner nächsten Nummer berichtet sich das Blatt folgendermaßen:

Die Richtigkeit der uns gestern von sonst gut unterrichteter Seite gewordenen Mittheilung über die Erledigung der Differenz zwischen Stosch und Pent wird bezeugt und, wie wir nach genauerer Kenntnis der Sachlage glauben, mit Recht bezeugt. Das Abschiedsgesuch konnte überhaupt noch nicht erledigt werden, denn es ist erst vor ganz kurzer Frist eingereicht, nachdem die Beschwerde des Viceadmirals v. Pent, wie es heißt, mit großer Rücksicht in der Form, aber doch mit bestimmter Betonung des ersten militärischen Princips zurückgewiesen war. Kurz die Sache ist auch in diesem Falle zu Gunsten des Hrn. v. Stosch entschieden; es gibt aber selbst Gegner seines „Systems“, welche glauben, daß diese Entscheidung die sachlich gebotene war. Der Chef einer großen Verwaltung muß allerdings fordern, daß seine Beamten in seinem Sinne wirken und, um die Sache beim richtigen Namen zu nennen, Ordre pariren. Wer sich dazu nicht entschließen kann, der muß seinen Abschied nehmen. Die Herren v. Stosch und v. Pent „verstanden“ sich nicht, und nach Lage der Dinge blieb letzterem nichts als zu dimissioniren.

Die National-Zeitung kommt auf ihre alten Befürchtungen zurück, daß es von gewisser Seite auf eine Untergrabung unserer Reichswährung, auf eine Rückkehr erst vielleicht zur Doppelwährung, weiter zur Silberwährung abgesehen sei. Sie fährt dafür folgenden neuen Vorschlag an:

In einer Sitzung des Ausschusses des Reichsbankent-

toriums, welche später als die Reichstagsverhandlung über die Interpellation stattgefunden hat, eröffnete der Bankpräsident: Die Emission der Silberverkäufe sei durchaus nicht als ein Provisorium aufzufassen, sondern als eine definitive Maßregel. Er fügte hinzu, dies solle kein Geheimniß bleiben, er wünsche vielmehr, daß diese Absicht bekannt gemacht werde.

„Gleichzeitig“ sagt sie, „treffen Nachrichten aus den Provinzen ein, welche uns die Vermuthung ausdrücken, daß den Zweiganstalten der Bank bereits Befehl gegeben ist, die Thaler wieder möglichst stark in Umlauf zu bringen.“ Weiter äußert sie:

Die Vermuthung, den Geldumlauf des Reiches mit 400—500 Mill. Silber mehr als das Gesetz vorschreibt zu füllen, wird im gegenwärtigen Stadium ein ebenso vergeblicher Versuch bleiben, als alle ähnlichen Experimente, deren Zweckwidrigkeit den Praktikern längst bekannt ist. Die Bank von Frankreich hat sich seit Jahren bemüht, ihre silbernen Fünfrankstücke in Umlauf zu setzen, namentlich dadurch, daß sie dieselben gleichfalls durch die Provinzialstellen hinauszuweisen suchte. Der Erfolg war, daß ihr Baarschatz von 500 auf 1100 Mill. Frs. in Silber angewachsen ist und fortwährend zunimmt. Der Verkehr nimmt eine Menge um so weniger auf, je mehr man sie ihm aufbringt will. Dorerst kann das Experiment der Reichsbank noch bis zu einem gewissen Grade harmlos bleiben. Steigt aber durch irgendwelche Conjunction der Wechselkurs auf das Ausland, so wird die Reichsbank in Verfolg des einmal erfaßten Gedankens bei ihren Zahlungen Silber nicht bloß anbieten, sondern aufzwingen. Dann wird Gold auf Agio geben, die Art ist an die Wurzel unserer Währung gelegt.

Schließlich beruft sie sich auf den angesehensten und unbefangenen aller deutschen Münzpolitiker, der soeben in der Hamburger Börsen-Halle einen Aufsatz veröffentlichte, worin er auspricht, die Gegenströmung, welche zur Zeit die deutsche Münzreform unterwühlte, nehme ihren Ausgang von den Bestrebungen der großen Bankhäuser, welche systematisch Befürworter der Doppelwährung seien und an deren Spitze von jeher das Haus Rothschild gestanden habe.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung machte dieser Tage auf den gereizt gewordenen Ton russischer Blätter gegen Deutschland aufmerksam. Dazu bemerkt die Magdeburgische Zeitung:

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die officiöse russische Presse sich nicht herausnehmen würde, eine so feindselige Sprache gegen die Leistung der deutschen Politik zu führen und in so berechnender, stichelnder Weise alle Welt gegen diese Leistung aufzuheizen, wenn die russische Regierung, speciell der Fürst Gortschakow, dazu nicht die Parole selbst ausgegeben hätte. Fürst Gortschakow war es, der im Jahre 1875 sich den Anschein gab, als habe er den preussischen Regenten, der bereits gegen Frankreich erhoben gewesen sei, niedergedrückt. Fürst Gortschakow war es, der sich damals herausnahm, in einer der Karlsruher Zeitung zugesandten Note das deutsche Volk darüber zu belehren, daß der angeblich gefährdet gewesene Friede wieder gesichert sei. Wir sagten damals an dieser Stelle, daß das deutsche Volk nur von seiner eigenen Regierung sich in dieser Weise ansprechen lassen könne. Und wir können heute, völlig sicher, damit der Gesinnung der ganzen Nation Ausdruck zu geben, nur erklären, daß wir alle, vom ersten bis zum letzten Mann, einmüthig hinter der Leitung unserer auswärtigen Politik stehen und das Vertrauen, die unerschütterliche Ueberzeugung haben, sie werde die Würde Deutschlands wie überall so auch diesen feindlichen Bestrebungen Russlands gegenüber zu wahren wissen. Es mögen in der innern Politik wol kleine Disharmonien vorkommen, sie sind verklungen und vergessen in dem Augenblicke, in welchem es sich für uns darum handelt, dem Auslande gegenüber das Bild einer einträchtigen, geschlossenen, ihrer Führung auf jedem Wege entschlossenen folgenden Nation zu geben.

Fürst Bismarck soll (wie man dem Wiener Tagblatt aus Berlin telegraphirt) den deutschen Botschafter, Graf Schweidnitz, beauftragt haben, in Petersburg gegen den Ton, welchen die russische Presse gegen Deutschland anschlägt, ernstlich zu reclamiren.

Preußen. Die „Tribüne“ berichtet aus Berlin vom 7. Juli: „Heute Vormittag war am Schwarzen Bret der Universität folgender Anschlag erschienen, der ein gewiß anerkennenswerthes Zeugniß für die Denkart unserer akademischen Jugend bildet:

Commlitionen! St. Erc. der Minister Dr. Falk scheidet aus seinem Amte. Commlitionen! Ihr wißt, welchen Dank unser Vaterland seinem Cultusminister schuldet; ihr alle theilt die dankbare Verehrung, mit welcher vor allen Deutschlands Hochschulen zu dem scheidenden Leiter des preussischen Unterrichtswesens emporschlagen. Commlitionen! Wir sind eurer aller Zustimmung sicher, wenn wir euch auffordern, im Namen der akademischen Jugend Deutschlands dem hochverdienten Minister einen Beweis der allgemeinen Verehrung zu geben, die ihm bei seinem Scheiden folgt. Wir laden euch daher auf Donnerstag, 10. Juli, abends 6 1/2 Uhr zu einer Versammlung im Paradenauditorium ein, um über die Form, in welcher dies geschehen soll, zu berathen.“

Thüringische Staaten. J Eisenach, 6. Juli. Daß eine Verschiebung der Partei verhältnisse im Reichstage auch eine solche in den Kreisen der Wähler nach sich zieht, ist an sich ganz natürlich, und so bildet die Parteigruppierung im Volke ein Spiegelbild der Reichstagsfractionen, wenn hier auch die Contouren scharfer hervortreten als dort. Die seit Wochen immer wieder hervorgetretenen Gerüchte von einer Zweier- oder Dreitheilung der national-liberalen Partei haben auch hierher, wo man seit 1867 stets einen national-liberalen Abgeordneten in den Reichstag entbot, ihre Schatten geworfen und die Frage über die künftige Parteistellung näher gerückt. Unser Reichsverein, dem die politische Führung bei den Wahlen obgelegen hat, beschloß gewiß der Lage entsprechend gehandelt,

wenn er sammlung Schlußab eintretend Ueberbied unsern R sicht gefle

Folg Berliner winaer E Hrn. D wählt, er Zweck de fassen in welche da ist unverz wird er n theil des Sparlasse

Aus 1 Zeitung b Gekern Bern die 11 erhitzen Genf, Kauf La-Chaux- Porortes 1878 1765 11 Mitglie nahme — rend des Ja im Jahre 1 gegen im ungariſchen 375 Frs., bergischen 2000 Frs., schweizsch- tischen 300 burg-schwer Hamburgs 62 1/2 Frs. u Unterfällt u einen 5409 das beträcht gab an Unt 27671 Frs. noch etwa 2 vorausgab! Basel zum daß die Cen sigen deutsch v. Ottenfels Hrn. v. Nie Ehrenbecepr diese Herren Zheilnahme

* Paris françoise: Fürsten k Trost und montanen fkanzler auf wie sie fell seine Ansicht auehen, daß seiner Ansicht nicht annehme einfältig ge Ende des E ist allerdings wenn sein I gefesse absch daß er sich ließe. Wir Reichskanzle Gesellschaft Ledochowost als er ihm nach den ve marck jedoch und gar un wählte wie Alerikalismus Liberalismus montane Ein anzuhalten, sich einen S der finden w wollen. De dem Vatican durchzuführen ein tiefes Sch sich alle. W dort Hülfe v Bismarck nic Leo XIII. nic Das Hau nus, der U nisters Fal

wenn er die sonst im Juli stattfindende Generalversammlung auf September verlagert, um die nach den Schlussabstimmungen im Reichstage notwendigerweise eintretende Klärung der Parteiverhältnisse abzuwarten. Ueberdies ist für den September eine Berichterstattung unferer Reichstagsabgeordneten Dr. Sommer in Aussicht gestellt.

Oesterreich-Ungarn.

Folgende pikante Wahlgeschichte wird dem Berliner Tageblatt aus Wien gemeldet: „Der hiesige winaer Städtebezirk Szuczava-Kadaufszereb, welcher Hrn. Ofenheim Ritter v. Ponteurin zum Abgeordneten wählte, erhielt von diesem ein Darlehn von 150000 Fl. Zweck des Darlehns ist die Gründung dreier Sparcassen in den genannten Städten. Die Urkunde, welche darüber abgefaßt worden, befaßt, das Darlehn ist unverzinstlich, solange Ofenheim Abgeordneter bleibt, wird er nicht mehr gewählt, so bezieht er ein Dritteltheil des Reingewinnes von den damit gegründeten Sparcassen.“ Pikant, ja, aber auch wahr?

Schweiz.

Aus Bern vom 30. Juni wird der Kölnischen Zeitung berichtet:

Gestern Vormittag 10 Uhr fand im Berner Hof zu Bern die alljährliche Centralversammlung der deutschen Hülfsvereine in der Schweiz statt, von denen bis jetzt 11 existiren, nämlich zu Bern, Zürich, Basel, Aarau, Chur, Genf, Lausanne, Neuenburg, Winterthur, Sanci-Gallen und La-Chaux-de-Fonds. Wie sich aus dem Berichte des bisherigen Vorortes Bern ergab, zählten diese 11 Vereine im Jahre 1878 1758 Mitglieder gegen 1769 im Jahre 1877, also 11 Mitglieder weniger als im letztem Jahre. Eigene Einnahme — Mitgliederbeiträge etc. — bezogen dieselben während des Jahres 1878 im ganzen 17808 Frs. gegen 17853 Frs. im Jahre 1877. An Beiträgen von auswärts gingen dagegen im Jahre 1878 ein: Seitens der L. L. Oesterreichisch-ungarischen Regierung 1500 Frs., der königlich sächsischen 375 Frs., seitens Preussens 100 Frs., der königlich württembergischen Regierung 1500 Frs., der königlich bairischen 2000 Frs., der elsäss.-lothringischen 500 Frs., der braunschweigisch-lauenburgischen 100 Frs., der hessen-darmstädtischen 300 Frs., der sachsen-loburger 125 Frs., der medienburg-schweriner 375 Frs., seitens Albeds 100 Frs., seitens Hamburgs 200 Frs., seitens der sachsen-meiningen Regierung 62 1/2 Frs. und seitens der deutschen Reichsregierung 5000 Frs. Unterstützung wurden im Jahre 1878 von sämmtlichen Vereinen 5409 Personen gegen 4618 im Jahre 1877, was das beträchtliche Mehr von 791 Personen ergibt. Herausgab an Unterstützungen wurden im ganzen im Jahre 1877 27671 Frs. gegen 25704 Frs. im Jahre 1878, wozu aber noch etwa 2000 Frs. kommen, welche direct vom Vororte verausgabt wurden. Für das nächste Geschäftsjahr ist Basel zum Vororte gewählt worden. Noch sei erwähnt, daß die Centralversammlung General v. Räder, den hiesigen deutschen Gesandten, zum Ehrenpräsidenten und Hrn. v. Ottenfels-Schwind, den hiesigen Oesterreichischen, sowie Hrn. v. Rietzhammer, den hiesigen bairischen Gesandten, zu Ehrenpräsidenten des Vereins ernannt hat, welche Ehre diese Herren durch ihre dem Verein stets bewiesene rge Theilnahme wohl und reichlich verdient haben.

Frankreich.

*Paris, 6. Juli. Man liest in der République française: „Es bleibt den früheren Freunden des Fürsten Bismarck (den National-Liberalen) ein Trost und eine Hoffnung, nämlich, daß ihre ultramontanen und conservativen Nachfolger vom Reichskanzler auf gleiche Weise werden behandelt werden, wie sie selber, sobald sie sich herausnehmen werden, seine Ansichten nicht zu theilen, und alles läßt vermuthen, daß sie weder in allem noch auf ewige Zeiten seiner Ansicht sein werden. Man darf wahrhaftig nicht annehmen, daß Hr. Windthorst und die Seinigen einseitig genug sind, um sich einzubilden, daß das Ende des Kulturkampfes nahe liege. Hr. v. Bismarck ist allerdings ohne Vorurtheil in dieser Beziehung; wenn sein Interesse erheischen sollte, daß er die Maigefetze abschaffe, mag man mit Bestimmtheit behaupten, daß er sich durch keine Gewissensscrupel aufhalten ließe. Wir können uns freilich nicht ohne Mühe den Reichskanzler vorstellen, wie er die Reichsthorde der Gesellschaft Jesu weit eröffnete und den Cardinal Ledochowsky mit ebenso viel Gefälligkeiten überhäufte, als er ihm bisher Monate Gefängniß gespendet hatte; nach den verschiednen Evolutionen des Hrn. v. Bismarck jedoch zu schließen, wäre die Sache nicht ganz und gar unmöglich, wenn der Kanzler nicht besser wüßte wie Einer, daß man mit dem ultramontanen Clerikalismus nicht spielen kann wie mit dem National-Liberalismus. Nachdem es ihm gelungen, die ultramontane Einmischung an den Grenzen des Reiches anzuhalten, wird er gewiß nicht ohne Noth, und um sich einen Stützpunkt zu verschaffen, den er schon wieder finden wird, ein mühsam erbautes Werk zerstören wollen. Der deutsche Kanzler hat nicht nöthig, vor dem Vatican die Flagge zu streichen, um seine Politik durchzuführen. Unter denen, die er regiert, hat sich ein tiefes Schweigen gebildet; vor seinem Willen beugen sich alle. Warum sollte er nach Canossa gehen, um dort Hülfe zu suchen? Leo XIII. kann den Fürsten Bismarck nicht entbehren; Hr. v. Bismarck aber hat Leo XIII. nicht nöthig.“

Das Hauptorgan des französischen Ultramontanismus, der Univers, begleitet „den Sturz des Ministers Fall, der hinter sich so viele Ruinen läßt“,

mit folgenden Worten: „Dieser Mensch, Sohn eines Landpastors, hat vom September 1872 bis zum 1. Juli 1879 den verderblichsten Einfluß auf ganz Deutschland ausgeübt. Er geht weg. Es steht zu wünschen, daß die preussischen Traditionen, nach welchen er verfuhr, mit ihm verschwinden.“

Die Orleansisten machen jetzt, um doch etwas von sich hören zu lassen, in auswärtiger Politik. An die Theilung Polens erinnernd, schreibt der Soleil:

Jetzt schreitet man wiederum ohne uns und gegen unsern Willen zu einer noch viel bedeutendern und gefährlicheren Theilung. Polen hat keinen Hafen von der Wichtigkeit Marseilles, keinen Großhandel, keinen directen Ausfluß nach dem Mittelmeerboden. Was man jetzt theilt, ist das Erbe aller Herrschaften, die sich im Orient abgetheilt haben; das Erbe der Sultane, das Erbe der Konstantin und Theodosius, das Erbe Alexander's des Großen. Es sind die vom Himmel begnadeten Segenden, die mit Landeplänen heränderten und mit Schiffen besetzten Meere, auf welche Frankreich durch beinahe zwei Jahrhunderte einen überwiegenden Einfluß geübt hat. Jeder erhält seinen Theil: Rußland Thrazien, Oesterreich-Ungarn Macedonien, England Cypren und als notwendige Ergänzung Cilicien; Preußen wird im Westen einschüßigt. Und, während alle Staatsmänner und Cabineten ihr Augenmerk auf diese große Frage richten, während alle europäischen Parlamente sie discutiren, verzehren sich die französischen Kammern allein, aus denen Sinn für internationale Fragen und Kenntniß derselben gänzlich verschwunden zu sein scheinen, in unfruchtbar, frivolen Debatten und persönlichen Grobheiten. So arbeiten wir an der Wiederaufrichtung Frankreichs.

Der Aufstand in Algerien ist niedergeschlagen. Der General Foregemol hat an die Truppen, welche im Aurès operirten, folgenden Tagesbefehl gerichtet:

Nachdem die ausländischen Scharen eiligst aus El Hamman vor der Colonne von Batna gestoben waren, gewannen sie die Berge von Amar-Kaddou, indem sie ihre Zelte, ihre Familien und Herden mitnahmen, um sich nach dem Süden von Tunis zu flüchten. Am Rande des Gebirges angekommen, hatten sie am 19. und 20. Juni zwei blutige Zusammenstöße mit den Gums von Djebel Scheschar und den Spabis von Ziribet-el-Ied, welche ihnen ernstliche Verluste beibrachten und ihnen ihre Zelte, ihre Familien und Herden wegnahmen. Sie konnten sich indessen durchschlagen und ihren Weg nach dem Osten nehmen. Zu schwach, um auf gleiche Weise den Paß von Regrin zu erzwingen, wo die Gums von Teheffa sich festgesetzt hatten, mußten sie sich in die Sahara werfen. Dort erwartete sie der schrecklichste Tod, der Tod durch Durst. Als die Gums von Teheffa sie erreichten, lagen 300 Aufständische leblos auf dem Plage; alle Ueberlebenden wurden zu Gefangenen gemacht. Dieser letzte der Empörung beigebrachte Schlag kann nicht verschleht, im Lande großes Aufsehen zu erregen. Dank der Schnelligkeit der drei Militärcolumnen und der Eilfertigkeit, mit welcher die Truppen die Strapagen der Marsche und der Jagdzeit ertrugen, konnte diese schreckliche und entscheidende Züchtigung die Rebellen erreichen. Der Divisionsgeneral macht sich eine Pflicht daraus, es anzuerkennen und den Commandanten, Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten der drei Militärcolumnen seinen Dank auszusprechen.

Im Lager von Nedina, 27. Juni 1879.

Der Divisionsgeneral Foregemol.

— Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris vom 3. Juli: „Bei der Unklarheit der Franzosen in Bezug auf deutsche Politik ist es natürlich, daß die jetzige Ministerkrisis einfach aus einem Gesinnungswechsel des Fürsten Bismarck erklärt wird. Man glaubt, daß er ernstlich daran denke, mit der Kirche einen vorübergehenden Frieden zu schließen, obgleich er dann immer noch nicht nach Canossa ginge; Canossa würde vielmehr zu ihm kommen. Jedensfalls ist es Thatsache, daß hier alle Schutzvölker den deutschen Reichskanzler als ihren Patron anrufen, und daß die reactionären und clerikalen Blätter ihn der gottlosen Republik als Vorbild hinhalten, wie viele Vorkreife man dadurch gewinnt, daß man sich mit der Kirche gut stellt.“

Großbritannien.

† London, 6. Juli. Der deutschen Cabinetskrisis widmet der Daily Telegraph eine Besprechung, in welcher hervorgehoben wird, daß das deutsche Volk noch immer hinreichendes Vertrauen in Fürst Bismarck's Genie setze, um zu glauben, daß er wissen müsse, was am besten für die Nation sei. Wäre dies nicht der Fall — meint das Blatt —, so würde eine so plötzliche und durchgreifende Schwankung in der handelspolitischen und innern Politik Deutschlands, wie diejenige, welche nunmehr die Minister Fall, Friedenthal und Hobrecht genöthigt hat sich vom Cabinet zurückzuziehen, ein allzu gefährliches Experiment selbst für den unerschrockenen und gewaltthätigen Kanzler gewesen sein. Allein selbst in Preußen gelte er noch immer als der anerkannte Führer Deutschlands, dem kein Nebenbühler zur Seite stehe; sein Wille werde, wenn auch nicht durch dessen bloße Aeußerung, so doch um so sicherer durch die Action einer geringfügigen Majorität der Volksvertreter, zum absoluten Gesetz. Das Blatt erörtert sodann die Gründe, welche die drei Minister bewogen, ihre Entlassung einzureichen, und gelangt zu der Folgerung, daß die Ursachen, welche zu dem Rücktritt Dr. Fall's führten, nicht identisch seien mit denen, welche die Dimission Hobrecht's und Friedenthal's zur Folge hatten. Dr. Fall werde von der großen Majorität seiner Landsleute nicht minder geachtet werden, weil er von dem Staatsmanne über Bord geworfen worden, welcher ihn gewählt hatte, um eine schwierige und unangenehme Aufgabe zu lösen,

in deren Ausführung er bis zum bitteren Ende bewundernswürdigen Muth und Beharrlichkeit bewiesen habe. Sein Fall sei zum mindesten ein ehrenhafter. Er habe getreulich seine Pflicht gethan, wie sie ihm von demjenigen vorgezeichnet worden, der ihn heute von sich stoße. Nicht der uninteressanteste Zug an der Krisis, welcher er und seine beiden liberalen Collegen zum Opfer gefallen, sei der Umstand, daß dieselbe Fürst Bismarck's Macht und Stellung unerschüttert lasse. Minister kämen und gingen; er allein bleibe ewig unerschüttert.

Auch die Times äußert sich über die deutsche Ministerkrisis. Von der größten Bedeutung hält das Cityblatt entschieden den Rücktritt Dr. Fall's, so lange das Ereigniß auch schon erwartet worden sei. Die neue Stellung, in welche der Kanzler zu der Centrumpartei getreten sei, habe die Entfernung Fall's nöthig gemacht. Das Land habe heute vergessen, mit welcher Begeisterung es die Erlassung der sogenannten Maigefetze und deren strengste Ausführung begrüßt habe. Allein das Reich habe eben damals mehr Feinde besessen als dies heute der Fall sei. Der Kanzler habe damals nicht dasselbe Vertrauen in sein Werk haben können wie heute. Sowol er als die Centrumpartei müßten die Dinge heute in einem andern Lichte betrachten als im Jahre 1873. Ersterer habe neue Interessen zu verteidigen; die Finanzen lägen ihm mehr am Herzen als die kirchlichen Angelegenheiten. Der neue Papsi sei gleichfalls verständiger als Pio Nono und werde kaum verlangen, daß der Kanzler sich nach Canossa begeben. Die Befestigung der französischen Republik sei gleichfalls ein beruhigender Umstand. Ueberdies habe die Majorität des Reichstages fast alles Interesse am „Culturkampf“ verloren, denn selbst unter den Liberalen brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß die Maigefetze ihre Schuldigkeit gethan hätten. Die Autorität des Staates sei vollständig gewahrt worden. Die aufrührerischen Geistlichen hätten es auf ihre eigenen Kosten erfahren müssen, daß der Kanzler meist seinen Willen durchsetze und nicht mit sich spaßen lasse. Damit sei des Guten genug gethan — die Regierung werde ohne Zweifel froh sein, einen Modus vivandi zu finden, welcher zu einer Beilegung des veralteten Streites führen dürfte.

Im Anschlusse an das Testament des verstorbenen Prinzen Louis Napoleon unterzieht die Times die Ansichten des Imperialismus in Frankreich einer nochmaligen Besprechung. Das Cityblatt bemerkt am Schlusse seines Artikels:

Die Unglücksfälle, welche die Erinnerung an die letzten Monate des Kaiserreichs verbunkeln, waren nicht im Stande, die Anhänglichkeit an dasselbe in gewissen Theilen des Landes zu verwischen; allein es steht kaum zu erwarten, daß jene Anhänglichkeit das Erlöschen der directen Linie Napoleon III. überlebe. Die Antecedenten des neuen Nachfolgers werden die ruhigen und fleißigen Familienväter nicht für ihn einnehmen und wenn der Einfluß Rouher's demjenigen der jüngeren und ausgeklümmten Parteigänger der gefallenen Dynastie zu weichen hat — wie dies das Anerbieten seines Rücktritts anzudeuten scheint —, so dürfte sich die Gleichgültigkeit der achtbaren Bürger in Widerwillen verwandeln. Das Kaiserreich an und für sich hat keine Aussichten auf eine Wiederherstellung; wenn es wieder erhebt, so wird dies die Schuld überspannter Republikaner sein. Die imperialistische Partei braucht sich darum nicht sofort anzulösen. Ihre Organisation wird schon darum erhalten werden, weil die Mehrzahl derjenigen, welche augenblicklich in der Partei eine Rolle spielen, dieselbe nicht leicht mit einem andern vertauschen könnten; allein es dürfte sich kaum Anhänger finden, um an Stelle derjenigen zu treten, welche allmählich verschwinden werden.

Belgien.

Aus Brüssel vom 4. Juli berichtet man dem Schwäbischen Merkur: „Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde durch einen bedeutungsvollen Vorfalle bezeichnet. Der Abg. Debeder hatte den Justizminister Bara beschuldigt, einen unfähigen Beamten ernannt zu haben, weil dieser einer liberalen Verbindung angehöre. Der Justizminister wies dies Anstossen an der Hand von Beweisen heftig zurück, hinzusetzend, er bedürfe seines Rathes nicht, er wende sich an empfehlenswerthere Personen. Der ehemalige Finanzminister und clerikale Abgeordnete von Antwerpen, Jacobs, will sich darauf, gleichfalls gegen Bara, in die Debatte mengen, worauf der Justizminister ihm zur Antwort gibt: „Sie sind ein Unverschämter und von Ihnen lasse ich mir keine Lectionen ertheilen.“ Der Präsident versucht zu schlichten. Fürchterlicher Lärm im Hause. Jacobs: „Ich halte alles aufrecht, was ich gesagt habe.“ Der Justizminister: „Und ich auch, und ich werde Sie zum Duell herausfordern, wo sie wollen.“ Höchste Aufregung im Hause. Der Vorfalle wird überall lebhaft besprochen.“

Rußland.

Der Neuen Freien Presse entnehmen wir folgenden mit großer Erbitterung gegen Rußland geschriebenen Artikel: „Man erinnert sich wol noch daran, wie unser Consul in Wibbin, Hr. Neumann, im April dieses Jahres von den dortigen russisch-bulgarischen Behörden beleidigt ward, weil er sich in treuer Er-

Leipziger Börse.

8. Juli.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, listing titles, terms, and prices.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of different types of securities and bonds.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices.

Table of railway stocks and bonds, including Berlin-Görlitzer and Chemnitz-Würschau.

Table of railway stocks and bonds, including Eisenbahn-St.-Pr.-Actien.

Table of railway stocks and bonds, including Bank-u. Credit-Actien.

Table of railway stocks and bonds, including Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of railway stocks and bonds, including Ausländische Fonds.

Table of foreign railway stocks and bonds, including Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway stocks and bonds, including Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway stocks and bonds, including Kohlen-Act. u. Prior.

Table of foreign railway stocks and bonds, including Ausländische Fonds.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Mittwoch, 9. Juli. Man sucht einen Erzieher, oder: So bringt man Ordnung in das Haus. Lustspiel in 2 Acten, frei nach dem Französischen von A. v. Winterfeld. Valentin und Clo-

Vertical text on the left margin, possibly a page number or date.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or date.

